

Zeitung der Linken
BUNDESTAGSWAHL SPEZIAL

Spandauer Umschau

Kostenlos. Aber unbezahlbar.

Bundes-
tagswahl
Spezial



Zeit für Veränderung. Gemeinsam!

4

Wahlprogramm

Unsere
Themen
zur Wahl

8

Unser Kandidat

Hans-Ulrich
Riedel für
Spandau

12

Sparpolitik

Sozialer
Kahlschlag in
Berlin

Zahlst du Wucherermiete?

Mach den Check und wehr dich auf www.mietwucher.app



Impressum

Spandauer Umschau,
Ausgabe 01/2025

Herausgeber:
Die Linke Bezirksverband Spandau
Pichelsdorfer Straße 138, 13595 Berlin
Tel.: (030) 36 43 74 71
www.die-linke-spandau.de
info@die-linke-spandau.de
fb.com/DieLinkeBerlinSpandau
instagram.com/dielinke.spandau
twitter.com/DieLinkeSpandau

V.i.S.d.P.: Marc Mattern
Redaktion: M. Mattern, M. Lüttich,
Gestaltung: C. Cave
Redaktionsschluss: 15.01.25

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
geben nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion wieder.

Du verdienst mehr.



Die letzten Jahre waren hart. Jedenfalls für die große Mehrheit. Lebensmittel, Miete, Gas und Strom: Alles ist teurer geworden. Immer mehr Menschen müssen sich im Winter zwischen einer warmen Mahlzeit und einer warmen Wohnung entscheiden. Doch auch diejenigen, denen es etwas besser geht, spüren den Druck der steigenden Preise. Im Sommer in den Urlaub zu fahren ist für viele inzwischen nicht mehr drin.

Aber statt sich um die alltäglichen Sorgen der Menschen zu kümmern, haben sich die Ampel-Parteien dreieinhalb Jahre lieber gestritten. Nach der Ampel könnte es noch schlimmer kommen: Friedrich Merz plant als Kanzler die härtesten sozialen Einschnitte in der Geschichte der Bundesrepublik. CDU und CSU wollen den Sozialstaat zerschlagen, FDP und AfD sowieso. SPD und Grüne dienen sich Merz schon vor der Wahl als Koalitionspartner an. Aber wer sich gegen Lindner schon nicht behaupten konnte oder wollte, der wird sich gegenüber einem Kanzler Merz erst recht nicht durchsetzen.

Doch es gibt einen anderen Weg: Lautstarke Opposition, die Druck für Veränderung macht. Das ist uns beim Mindestlohn schon gelungen, und das werden wir jetzt wieder tun: Wir könnten die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel streichen und so den Ärmsten helfen und alle beim Einkauf entlasten.

Mit einem bundesweiten Mietendeckel könnten wir dafür sorgen, dass die Wohnung bezahlbar bleibt. Und wenn wir den Reichtum teilen, dann kann die Regierung auch in die Zukunft des Landes investieren, damit hier die Industrien und Arbeitsplätze von morgen entstehen.

Es gibt viele kluge Ideen, wie der Alltag wieder bezahlbar werden kann. Einige davon haben wir hier zusammengestellt.

Unsere Themen:



Damit die Miete nicht das Leben auffrisst

Es gibt immer weniger bezahlbaren Wohnraum: In vielen Städten haben sich die Mieten in den letzten 10 Jahren verdoppelt.

Doch auch auf dem Land steigen sie vielerorts stark an. Die Suche nach einer Wohnung, die man sich noch leisten kann, wird zum Glücksspiel. Die Ampel-Regierung hat ihre selbst gesteckten Ziele für den Wohnungsbau jedes Jahr verfehlt.

Der Grund: Die Politik setzt beim Bau von Wohnungen vor allem auf private Investoren – doch die verdienen am Wohnungsmangel prächtig mit.

Die Linke will, dass der Staat selbst für mehr günstigen Wohnraum sorgt:

- **Wir wollen einen bundesweiten Mietendeckel:** Die Mieten sollen sechs Jahre lang nicht erhöht werden dürfen. Danach soll es harte Obergrenzen für Mieterhöhungen geben. In Städten mit besonders schlimmem Wohnungsmangel müssen hohe Mieten sofort gesenkt werden.
- **Sanierungen** und Heizungstausch dürfen nicht zu höheren Warmmieten führen.
- **Öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau** wollen wir fördern.

Ist Deine Miete zu hoch,
freut sich der Vermieter.



Ist Dein Einkauf zu teuer,
macht ein Konzern Kasse.



Damit der Einkauf nicht mehr weh tut

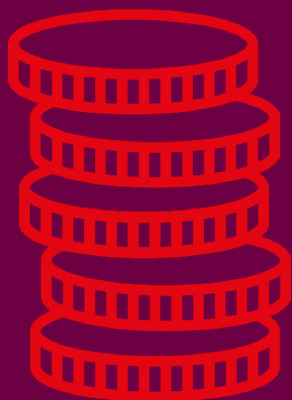
Der Wocheneinkauf und die Gasrechnung werden für immer mehr Menschen zum Problem.

Während der Regierungszeit von Olaf Scholz sind die Lebensmittelpreise um fast 30 Prozent gestiegen. Viele stehen am Monatsende vor einem leeren Kühlschrank oder haben Angst vor der nächsten Abschlagszahlung.

Das muss nicht sein: Die Profite von Energieversorgern, Supermärkten und Lebensmittelkonzernen sind in den letzten Jahren explodiert. Allein der Lidl-Eigentümer Dieter Schwarz hat sein Vermögen in den letzten sieben Jahren nahezu verdoppelt.

- Wir wollen **Grundnahrungsmittel, Hygieneprodukte, Bus und Bahn von der Mehrwertsteuer befreien.** Der Staat muss nicht an Grundbedürfnissen mitverdienen.
- Wir fordern **Preiskontrollen** für Energie und Lebensmittel und ein schärferes **Kartellrecht.**
- **Lebensmittelverschwendung** muss verboten werden.
- Bei Strom und Heizen soll der Durchschnittsverbrauch zu einem **preisgünstigen Sockeltarif** angeboten werden.





Ist Dein Gehalt zu niedrig,
fährt dein Chef Porsche.



Gute Arbeit und soziale Sicherheit in allen Lebenslagen

- Der **Mindestlohn** muss auf 16 Euro erhöht werden!
- Wir fordern eine **sanktionsfreie Mindestsicherung** und eine **solidarische Mindestrente** von 1.400 Euro monatlich. Niemand soll unter das Existenzminimum fallen.
- Wir fordern ein **kostenfreies Mittagessen** in Kitas und Schulen. Kein Kind soll hungrig lernen müssen. Die **Kita** muss **kostenlos** sein, und zwar ab dem ersten Jahr.

Ein gerechtes Steuersystem, das die Mehrheit entlastet

- Wir wollen die **Einkommensteuer** reformieren:
Wer weniger als 7.000 Euro brutto im Monat verdient, zahlt mit unserem Tarif **weniger Steuern** (als Single, Steuerklasse I).
- Alle zu versteuernden Einkommen unter dem **Existenzminimum von 16.800 Euro** im Jahr sollen **steuerfrei** bleiben.
- Der Spitzensteuersatz soll auf 53 Prozent steigen, Superreiche zahlen 75 Prozent **Reichensteuer**.
- Wiedereinführung der **Vermögenssteuer für Millionäre und Milliardäre**.



Ist Deine Rente zu niedrig,
hat Scholz nicht geliefert.



Für eine tolerante Gesellschaft ohne Hass und Rassismus

- Wir lehnen es ab, Menschen gegeneinander aufzuhetzen und Geflüchtete zu Sündenböcken zu machen, um von sozialen Problemen abzulenken. Sie brauchen eine **Arbeitserlaubnis** ab dem ersten Tag. Wir stehen zum **Recht auf Asyl**.
- Wir wollen entschlossen gegen **Gewalt an Frauen** vorgehen und den Rechtsanspruch auf Unterbringung in Frauenhäusern sofort umsetzen.
- Für uns gilt der Grundsatz: **gleicher Lohn für gleiche Arbeit**. Wir bekämpfen alle Formen von Diskriminierung und Ausgrenzung.

Rente und Krankenversicherung – solidarisch für alle

- Wir wollen eine **Krankenversicherung**, in die alle einzahlen. Dadurch **sinkt der Beitrag** von 17,1 auf etwa 13,3 Prozent.
- Wir wollen den Kahlschlag bei den **Krankenhäusern** stoppen! Krankenhäuser sollen nicht profitorientiert wirtschaften, sondern gehören in die **öffentliche Hand**.
- In vielen Berufen kann man nicht bis 67 arbeiten. Wer **40 Jahre lang gearbeitet** hat, soll in Rente gehen können.



Hans-Ulrich Riedel:

Euer Kandidat
für Spandau und
Charlottenburg-Nord



Am 23.02.:
Hans-Ulrich Riedel



Ich bin 69 Jahre jung und seit 40 Jahren verheiratet. Wir haben zwei erwachsene Kinder und mittlerweile zwei Enkelkinder. Beruflich war ich als Koch, Planer, Bauleiter und Sachverständiger tätig. Nun möchte ich im Bundestag für Folgendes kämpfen:

Für einen bundesweiten **Mietendeckel**, damit nach der Miete noch Geld zum Leben bleibt. In den letzten 40 Jahren haben sich Einkommen und Mieten sehr unterschiedlich entwickelt. Das lässt sich nicht einfach zurückdrehen; es bedarf eines Strukturwandels.

Für Politik auf Augenhöhe. Abgehobene Gehälter führen zu abgehobener Politik. Um authentisch für die Alltagsangelegenheiten der Menschen zu politischen Lösungen zu kommen, werde ich mein eigenes Gehalt als Abgeordneter auf das deutsche Durchschnittsgehalt begrenzen. Der Rest fließt an Menschen in Not.

Für gute und sozial gerechte Bildung. Seit 40 Jahren verringern Großunternehmen ihre Ausbildungskapazitäten. Gleichzeitig bilden wir zu wenige Lehrkräfte aus. Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wie unseren Kindern und Enkeln die Zukunft genommen wird – auch dagegen möchte ich kämpfen. Wir benötigen Investitionen in Bildung statt in Rüstung.

Dafür streite ich für dich im Deutschen Bundestag.

Wir kommen auch zu Dir!

Ärger mit deinem Vermieter? Wir veranstalten Mieterversammlungen in deinem Kiez!

In der Rudolf-Wissell-Siedlung:

22. Januar, 19 Uhr, Ernst-Lange-Haus,
Kirchengemeinde Staaken, Pillnitzer Weg 8,
13593 Berlin

Germesheimer Platz: 03. Februar, 19 Uhr,
Jugendtheaterwerkstatt
Gelsenkirchener Straße 20, 13583 Berlin

In Stresow: 27. Januar, 19 Uhr,

Gemeindesaal der Petruskirche,
Kirchengemeinde St.-Nikolai,
Grunewaldstraße 7, 13597 Berlin

In der Siemensstadt: 13. Februar, 19 Uhr,

Gemeindesaal der Kirchengemeinde
Siemensstadt, Schuckertdamm 338,
13629 Berlin

Kochshow: mit unserem Kandidaten
Uli Riedel ins Gespräch kommen

1. Februar, 12:00 Uhr

Altstadt Spandau, am Marktplatz

7. Februar, 15:30 Uhr

Neustadt, Ecke Lynarstraße/Schönwalder Straße

8. Februar, 12:00 Uhr

Siemensstadt, Nonnendammallee 89



Alle Termine
und aktuelle Infos

Weil Teilen schöner ist: Solidarfonds



Wir unterstützen mit
unseren Sitzungsgeldern
Menschen in Not

Wer gerade Schwierigkeiten hat kleinere Einkäufe zu machen, wem ein paar Euro für die Gasabrechnung fehlen oder wer gerade das Auto nicht vollgetankt bekommt, der **kann sich an uns wenden**.

Monatlich zahlen die Verordneten der BVV Spandau einen Teil ihrer Sitzungsgelder in einen Fonds ein.

Aus diesem Fonds **finanzieren wir kurzfristige und unerwartete Mehrkosten** von Spandauer Bürger:innen.

linksfraktion-spandau.de/solidarfonds



Sozialer Kahlschlag in Berlin –

Bei der Bundestagswahl Wegner und Saleh die Rote Karte zeigen

Die Linke stellt sich gegen den Kahlschlag des schwarz-roten Senats bei Bildung, Kultur, Soziales und Wissenschaft.

Die Haushaltskürzungen in den einzelnen Bereichen sind verheerend:

- **im Bereich Bildung:** Tausende Lehrkräftestellen fallen dauerhaft weg. Wichtige Schulbaumaßnahmen werden verschoben. Schwarz-Rot kürzt Mittel für die Landeszentrale für politische Bildung, Sozialarbeit, bei den Jugendverbänden, der Jugend- und Familienhilfe sowie der aufsuchenden Berufsberatung für junge Menschen. Auch die "Brennpunktzulage" und der Nachteilsausgleich für nicht-verbeamtete Lehrkräfte sollen wegfallen.

- **im Bereich Soziales:** Der Preis für das Sozialticket wird mehr als verdoppelt. Es gibt drastische Kürzungen bei der Wohnungslosenhilfe, bei sozialen Einrichtungen, der Partizipation für Menschen mit Behinderung und bei humanitären Aufnahmeprogrammen. Der Härtefallfonds Energieschulden wird halbiert, es gibt eine Streichung von Angeboten der Sozial- und Suchtberatung.
- **im Bereich Kultur:** Die Mittel für den Kultursommer und den Museumssonntag werden gestrichen, die Tarifanpassungen und Mindestgagen für Kinder- und Jugendtheater sind gestrichen, die Instandsetzung für Räume für Künstler*innen werden halbiert.



- **im Bereich Wissenschaft:** 100 Millionen werden bei den Hochschulverträgen gekürzt, es gibt eine Streichung vieler Forschungsprojekte und Investitionen.

In weiteren Bereichen wie Klimaschutz, beim ÖPNV und in der Gesundheitsversorgung wird massiv gekürzt.

Statt die Grunderwerbssteuer auf das Niveau von Brandenburg anzuheben, die Steuerrückstände von Vermögenden im Umfang von knapp 1 Mrd. EUR einzutreiben oder sich aktiv für die Abschaffung der Schuldenbremse einzusetzen, spart der schwarz-rote Senat unsere Stadt Berlin kaputt.

Wichtige Angebote sozialer Träger müssen wegfallen. Beschäftigte müssen entlassen werden.

Zeigen Sie Kai Wegner und Raed Saleh bei der Bundestagswahl, dass wir uns unsere Stadt nicht kaputt sparen lassen.

Eine Stimme für Die Linke ist eine Stimme gegen den sozialen Kahlschlag!

Wir wollen §218 abschaffen, denn Schwangerschaftsabbrüche sind kein Verbrechen!

Der § 218 des Strafgesetzbuchs regelt in Deutschland den Schwangerschaftsabbruch. Ein Abbruch ist grundsätzlich strafbar, unter bestimmten Bedingungen jedoch straffrei. Wenn die Schwangere mindestens drei Tage vor dem Eingriff eine Beratung bei einer anerkannten Stelle in Anspruch genommen hat, der Eingriff von einem Arzt vorgenommen wird und die Schwangerschaft nicht länger als zwölf Wochen nach der Empfängnis besteht, bleibt ein Schwangerschaftsabbruch straffrei.

Ein Abbruch nach der 12. Woche ist nur erlaubt, wenn medizinische Gründe vorliegen, wie die Gefährdung des Lebens oder der Gesundheit der Schwangeren, oder wenn die Schwangerschaft aus einer Vergewaltigung resultiert. Wird der Schwangerschaftsabbruch ohne die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben durchgeführt, drohen Ärzt:innen eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe. Für die schwangere Frau selbst sind keine Strafen vorgesehen.

Der § 218 StGB stellt einen untragbaren Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht von Frauen dar, da er Frauenrechte einschränkt, Stigmatisierung fördert und durch Beratungs- und Wartepflichten zusätzliche Belastungen schafft. Regionale Unterschiede und finanzielle Hürden verschärfen den ungleichen Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen, während auch Ärzt:innen durch rechtlichen und gesellschaftlichen Druck beeinträchtigt werden.

Deshalb fordern wir die Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch und damit eine Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen. *„Es ist ein Zustand aus dem letzten Jahrhundert, dass der Staat Frauen in den eigenen Körper hineinregiert und Schwangerschaftsabbrüche nach wie vor kriminalisiert. Es ist höchste Zeit, das Recht am eigenen Körper ernst zu nehmen. Schwangerschaftsabbrüche müssen wie Verhütung Teil der normalen Gesundheitsversorgung werden.“*, so **Ines Schwerdtner**, Vorsitzende unserer Partei.



Foto: © Sabrina Gröschke, flickr.com CC BY-NC-SA 2.0



Der § 218 StGB steht im Widerspruch zu internationalen Abkommen wie **CEDAW**, die diskriminierende Vorschriften ablehnen. Wir fordern die Abschaffung verpflichtender Beratungen und Wartezeiten sowie die vollständige Kostenübernahme für Schwangerschaftsabbrüche von den Krankenkassen.

Sozial Benachteiligte haben häufig keinen Zugang zu sicheren Verhütungsmethoden und Schwangerschaftsabbrüche sind aufgrund von Stigmatisierung, unzureichender Infrastruktur und mangelnder Integration in der ärztlichen Ausbildung schwer zugänglich. Frauen mit Behinderungen sind von

Mehrfachdiskriminierung betroffen, stoßen auf Barrieren beim Zugang zu reproduktiver Gesundheit und verlieren oft ihre Entscheidungsfreiheit, da Dritte für sie handeln.

Wir fordern die Sicherstellung reproduktiver Gerechtigkeit für alle, Beratung freiwillig zu gestalten und das Abbauen finanzieller sowie struktureller Hürden. Gemeinsam mit 240 Abgeordneten haben wir bereits einen Antrag in den Bundestag eingebracht. Mehr als 80 Prozent der deutschen Bevölkerung sprechen sich gegen die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen aus.

Lea S. Gottschalk



Mach mit!

Am
23. Februar
Die Linke
wählen!

Unsere Aktiventreffen für Mitglieder und Interessierte ab jetzt immer dienstags: Komm vorbei!

Du willst etwas gegen den Rechtsruck in Deutschland tun? Du überlegst schon länger, in Die Linke einzutreten, aber willst erstmal schauen? Du bist schon länger Mitglied der Partei Die Linke und möchtest jetzt aktiv werden? Dann ist jetzt der perfekte Zeitpunkt! Ab jetzt gibt es bei uns wöchentlich ein offenes Aktiventreffen, und Du bist herzlich eingeladen!

Jeden Dienstag **immer um 19 Uhr in der Geschäftsstelle** der Linken Spandau, Pichelsdorfer Straße 138.

Wir freuen uns auf Dich!

Kein Geld ist auch keine Lösung...

Unterstützt uns mit einer Spende!

Die Linke Spandau,
IBAN: DE48 1007 0848 0525 6078 07, BIC: DEUTDEDB110,
Verwendungszweck: Spende Die Linke Spandau

Die Linke

Bezirksverband
Spandau